

Die dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland

Schmitt-Beck, Rüdiger; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmitt-Beck, R., & Weick, S. (2001). Die dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 26, 1-5. <https://doi.org/10.15464/isi.26.2001.1-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Die dauerhafte Partei-identifikation - nur noch ein Mythos?	1
Lebenslagen in Deutschland Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	5
Bericht der Europäischen Kommission zur sozialen Situation in der EU 2001	6
Soziale Sicherheit durch den Sozialstaat?	7
Wohlstand wichtiger als Einkommen für Zufriedenheit mit der finanziellen Situation	12

Call for Papers: Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik	16
---	----

Workshop Armuts- und Reichtumsberichterstattung	16
--	----

Die dauerhafte Partei-identifikation - nur noch ein Mythos?

Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland

Im politischen System der Bundesrepublik sind die politischen Parteien die zentrale Institution der Vermittlung zwischen Bürgern und Regierungssystem. Affektive Identifikationen mit Parteien stellen eine der wichtigsten Prägekräfte des Wählerverhaltens dar. Die parteipolitisch ungebundenen Bürger spielen als mobilste Wählergruppe eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Ergebnisse von Wahlen. Der Identifikation von Wandlungstendenzen kommt ein zentraler Stellenwert zum Verständnis des Wählerverhaltens der Bürger in Ost- und Westdeutschland zu: Wechsel der Parteiidentifikation, aber auch eine Veränderung in der Neigung sich überhaupt mit einer politischen Partei zu identifizieren, können tiefgreifende Änderungen im Wahlverhalten mit sich bringen. Anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung von insgesamt mehr als 26.600 Personen, wird in diesem Beitrag für den Zeitraum 1984 bis 1999 untersucht, wie dauerhaft individuelle Parteibindungen sind und wovon ihre Stabilität abhängt.

Subjektive Identifikation mit politischen Parteien prägt Wahlentscheidungen

Rund 1,7 Mio. Bürger sind gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland Mitglied einer politischen Partei. Das entspricht etwa 3% der wahlberechtigten Bevölkerung (Datenreport 1999: 165 f). 82% der über 18-Jährigen machten bei der letzten Bundestagswahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch und gaben einer der konkurrierenden Parteien ihre Stimme. Dieser Wert ist geringer als in den 70er und frühen 80er Jahren, als die Wahlbeteiligung stets bei rund 90% gelegen hatte, aber er markiert einen Anstieg gegenüber den vorangegangenen Urnengängen von 1990 und 1994, bei denen die Wahlbeteiligung erstmals seit 1949 die 80% Marke unterschritten hatte.

Neben der formalen Mitgliedschaft in einer Parteiorganisation und dem Votum, das an der Wahlurne für die Kandidaten einer Partei abgegeben wird, gibt es eine dritte Form, in der sich Bürger einer politischen Partei zuordnen können. Sie lässt sich jedoch nicht direkt am

politischen Verhalten ablesen, sondern ist psychologischer Natur und wird deswegen nur durch systematische Befragung von Wählern beobachtbar: die Parteiidentifikation. Dieses Konzept wurde schon vor einem halben Jahrhundert im Rahmen des sozialpsychologischen Ansatzes der sogenannten „Michigan-Schule“ der amerikanischen Wahlsoziologie entwickelt. Es hat die Wahlforschung in vielen Ländern nachhaltig beeinflusst und stellt bis heute einen der wichtigsten Erklärungsansätze für das Wählerverhalten dar (Campbell u.a. 1954, 1960; Falter u.a. 2000). Unter der Parteiidentifikation wird eine stabile, gefühlsmäßige Bindung von Individuen an bestimmte politische Parteien verstanden. Ähnlich der religiösen Identität stellt sie einen Kernbestandteil der Selbstdefinition von Individuen dar. So wie es für das Selbstbild vieler Menschen wesentlich ist, gläubiger Katholik oder Protestant zu sein, so kann es für das Selbstverständnis einer Person auch zentral sein, sich zum Beispiel als „Sozialdemokrat“ oder als „Christdemokrat“ zu definieren.

Tabelle 1: Bundestagswahlen 1998 und 1994 : Wahlentscheidungen (Zweitstimmen) nach Parteiidentifikation

Wahlent-scheidung	Identifikation mit... (in %)						
	SPD	CDU/CSU	B90/Grüne	FDP	PDS	Andere Partei	Keine Partei
Wahlent-scheidung 1998							
SPD	89	6	18	12	11	14	46
CDU/CSU	2	85	1	22	7	6	29
B90/Grüne	5	1	78	0	2	2	8
FDP	1	6	1	67	2	2	6
PDS	1	1	1	0	75	0	4
Andere Partei	2	2	1	0	3	76	7
Gesamt (%)	29	28	5	2	2	2	34
Wahlent-scheidung 1994							
SPD	88	2	6	4	7	16	37
CDU/CSU	1	89	3	20	0	18	36
B90/Grüne	7	1	81	0	0	0	9
FDP	2	7	6	76	0	0	7
PDS	1	0	4	0	90	0	2
Andere Partei	0	1	6	0	2	66	8
Gesamt (%)	25	28	5	1	6	1	34

Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim - Politbarometer, 3 Vorwahlwellen im September 1998 (N=3072); 1 Vorwahlwelle im Oktober 1994 (N=1825).

len als in den parteipolitisch gebundenen Segmenten der Wählerschaft und deswegen entscheidend zum Regierungswechsel vor drei Jahren beitrugen. Den ungebundenen Wählern kommt somit bei Wahlen eine Schlüsselrolle zu: Da sie politisch erheblich mobiler sind als die parteigebundenen Wähler, hängt von ihren Entscheidungen wesentlich ab, ob Regierungen im Amt bestätigt oder abgewählt werden.

29% der Wähler identifizierten sich vor der Bundestagswahl 1998 mit der SPD, und fast ebenso hoch lag der Anteil derjenigen, die sich einer Unionspartei verbunden fühlten. Die Anteile der Anhänger der Kleinparteien lagen unterhalb der Fünf-Prozent-Schwelle. Auffällig ist dabei, dass sich deutlich mehr Wähler mit den Grünen (5%) als mit der FDP (2%) identifizierten. Während die Großparteien somit stets auf einen relativ breiten Kernwählersockel bauen können, der sie mit hoher Verlässlichkeit unterstützt, ist die Ausgangslage der Kleinparteien immer prekär. Keine von ihnen kann sich alleine auf ihre Kernanhängerschaft verlassen, um die Sperrhürde des Wahlrechts zu meistern. Ein gutes Drittel der Wählerschaft war 1998 parteipolitisch ungebunden.

Anteil der Wähler ohne Parteiidentifikation seit den 70er Jahren deutlich gestiegen

Die Parteiidentifikation der Wähler wird in der Bundesrepublik Deutschland seit den 70er Jahren regelmäßig gemessen. Seit 1977 liegt auf Basis der Politbarometer-Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen eine lückenlose Zeitreihe von wiederholten Querschnittsbetrachtungen vor. Sie identifiziert im Hinblick auf die Schlüsselgruppe der parteipolitisch ungebundenen einen wichtigen Trend: Ihr Anteil nimmt seit Jahrzehnten zu (Graphik 1). Korrespondierend dazu schrumpft der Anteil der Wähler, die sich mit einer Partei identifizieren. Dieser Prozess wird in der Wahlsoziologie als „dealignment“ bezeichnet: Ein säkularer Trend der Erosion affektiver Wählerbindungen an die politischen Parteien. Graphik 1 belegt, dass der Anteil der Wähler, die sich nicht dauerhaft an eine politische Partei gebunden fühlten, 1977 in den alten Bundesländern noch bei etwa einem Fünftel gelegen hatte

Die Parteiidentifikation eines Wählers stellt eine der wichtigsten Prägekräfte für sein Verhalten bei Wahlen dar. Parteigebundene Wähler beteiligen sich mit höherer Wahrscheinlichkeit an Wahlen als solche, die ungebunden sind. Wie eine Art Markentreue legt die Parteiidentifikation die Entscheidung bei jedem Urnengang auf diejenige Partei fest, mit der sich der Wähler identifiziert. Sie schirmt Individuen gegenüber möglichen Einflüssen der Medien oder anderer Personen ab und fungiert wie ein politischer Kompass, der es ihnen ermöglicht, sich in der unübersichtlichen Welt der Politik besser zurechtzufinden. Dadurch versetzt sie Wähler in die Lage, ihre Entscheidungen für die Parteien, denen sie sich verbunden fühlen, nicht nur rein gefühlsmäßig, sondern jedes Mal auch anhand subjektiv guter Gründe zu treffen.

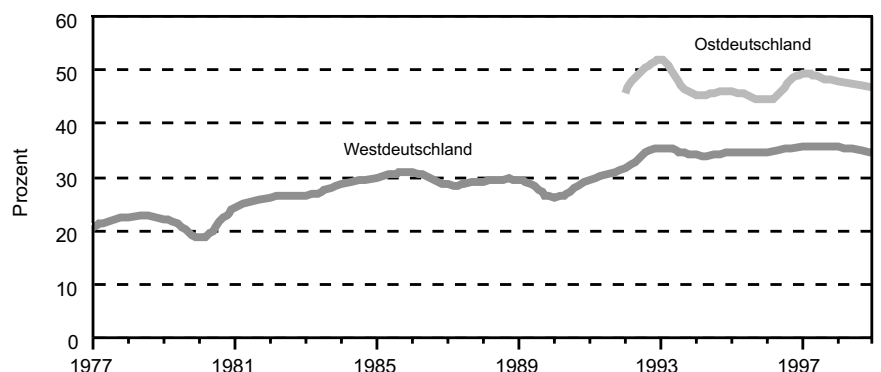
Die „mobilen Wähler“ ohne Parteibindungen sind entscheidend für Wahlausgänge

Die Verteilung der Parteibindungen in der Wählerschaft legt Wahlergebnisse in erheblichem Umfang fest. Anhand der letzten beiden Bundestagswahlen wird dies im Folgenden veranschaulicht. Sowohl 1994 als auch 1998 votierte die große Mehrzahl der Wähler, die sich mit einer Partei identifizierten, für die eigene Partei (Tabelle 1). Bei den Anhängern der großen Parteien war diese Tendenz noch stärker ausgeprägt als bei Wählern, die sich an eine der kleinen Parteien gebunden fühlten. Bei beiden Urnengängen entschieden sich fast 90% der SPD- wie auch der CDU/CSU-Anhänger im Sinne ihrer Parteiidentifikation. In den Orientierungen der Anhänger der beiden Großparteien finden auch heute noch die tradierten soziopolitischen Spannungslinien der deutschen

Gesellschaft einen Ausdruck: der religiös-konfessionelle und der sozio-ökonomische Konflikt. Das verleiht diesen Bindungen ihre besonders große Prägekraft. Bei den Kleinparteien ist das anders: Zwar votierte auch die große Mehrheit der Anhänger von FDP und Grünen für die eigene Partei. Aber in beträchtlicher Zahl bedachten sie auch die großen Partnerparteien, mit denen ihre eigenen Parteien durch Koalitionen oder Koalitionsabsichten verbunden waren, mit ihrer Stimme: die SPD im Falle der Grünen und die Union bei der FDP.

Weniger berechenbar war das Stimmverhalten derjenigen Wähler, die sich nicht mit einer politischen Partei identifizierten. Zwischen 1994 und 1998 legte die SPD in dieser Wählergruppe fast 10 Prozentpunkte zu, während die CDU/CSU sieben Prozentpunkte verlor - Wählerbewegungen, die weit größer ausfi-

Graphik 1: Anteil von Wählern ohne Parteiidentifikation



Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Politbarometer 1977 - 1999

Tabelle 2: Veränderung der Parteiidentifikation im 7-Jahresvergleich

		Parteiidentifikation 1991 West (in %)						
		Keine	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Grüne	-	Andere
Parteiidentifikation 1984	Keine	58	19	18	3	2	-	1
	SPD	22	69	6	2	1	-	1
	CDU/CSU	23	2	71	2	0	-	1
	FDP	31	5	9	52	1	-	2
	Grüne	32	25	3	0	39	-	1
N=4970								
		Parteiidentifikation 1999 West (in %)						
		Keine	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Grüne	PDS*	Andere
Parteiidentifikation 1992	Keine	69	16	13	0	2	-	1
	SPD	17	79	3	0	1	-	1
	CDU/CSU	18	4	74	1	0	-	3
	FDP	25	12	11	44	5	-	3
	B90/Grüne	28	14	2	1	53	-	4
N=4497								
		Ost (in %)						
		Keine	SPD	CDU/CSU	FDP	B 90/Grüne	PDS	Andere
		74	11	9	0	1	5	1
		35	51	5	1	1	4	3
		36	10	47	0	1	2	5
		48	23	12	10	0	7	0
		39	18	2	0	21	16	3
		12	5	0	0	0	83	0
N=2696								

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel; Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 18 Jahren.
*PDS in Westdeutschland nicht separat ausgewiesen.

wäre, wenn es sich bei diesen Orientierungen tatsächlich um völlig unveränderliche Merkmale der politischen Persönlichkeit handeln würde. Von denjenigen westdeutschen Wählern, die sich im Jahr 1984 mit einer großen Partei identifizierten, wiesen sieben Jahre später rund 70% wieder dieselbe Orientierung auf (Tabelle 2). Zwischen 1992 und 1999 lag der verbleibende Anteil bei den großen Parteien geringfügig höher als im Zeitraum zuvor. Rund ein Fünftel der jeweils anfänglich Parteigegebenen gaben ihre Identifikationen auf und fanden sich sieben Jahre später bei der wachsenden Gruppe der Unabhängigen. Weniger als 10% wechselten zu einer anderen Partei.

Bindungen an Kleinparteien prägen nicht nur, wie oben gezeigt wurde, das Wählerverhalten in geringerem Maße. Sie werden auch eher aufgegeben als Bindungen an Großparteien. Der Anteil mit übereinstimmenden Angaben zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten bei FDP und Grünen betrug in den alten Bundesländern jeweils nur 40 bis 50%. In noch größerem Umfang als bei den Großparteien wanderten Wähler, die sich mit Kleinparteien identifizierten, ins „Lager“ der Ungebundenen ab. Die Grünen verloren aber auch etliche Anhänger an die SPD. Parteigegebene Wähler aus den neuen Bundesländern neigten noch häufiger dazu, ihrer Partei die Treue aufzukündigen als Wähler aus den alten Bundesländern. Diejenigen unter ihnen, die 1992 der SPD oder der CDU anhängen, fanden sich sieben Jahre später zu mehr als einem Drittel bei den Unabhängigen wieder. Weitere 10 bis 15% traten zu einer anderen Partei über. Von denjenigen Ostdeutschen, die sich zum ersten Beobachtungszeitpunkt mit einer kleinen Partei identifizierten, wechselte die große Mehrzahl die Orientierung. Den Grünen blieb nur einer von fünf Anhängern erhalten, der FDP gar nur einer von zehn. Langfristig am stabilsten war die Anhängerschaft der PDS. Der weitaus größten Parteiorganisation, die - in Gestalt der SED - auch vor der Wende schon in Ostdeutschland existiert hatte, hielten über 80% ihrer Anhänger auch nach sieben Jahren noch die Treue.

Verglichen mit der Anhängerschaft der Kleinparteien erweisen sich die parteipolitisch Ungebundenen - zumindest beim Vergleich von nur zwei Zeitpunkten - als eine Wählerkategorie von relativ hoher Stabilität. In Westdeutschland waren knapp sechs von zehn ungebundenen Wählern des Jahres 1984 sieben Jahre später wieder ohne Identifikation mit einer Partei. Zwischen 1992 und 1999 lag die Haltequote der Ungebundenen sogar noch um 11 Prozentpunkte und in Ostdeutschland sogar um 16 Prozentpunkte höher. Bereits der Vergleich von jeweils zwei Zeitpunkten zeigt auf der Ebene der individuellen Parteibindungen Wandel in erheblichem Umfang. Vergleichsweise selten ist dabei der direkte Austausch der Loyalitäten zwischen zwei Parteien. Häufiger sind Wechsel zwischen Parteibindung und parteipolitischer Unabhängigkeit.

und seither ziemlich kontinuierlich gewachsen ist. Lediglich in den Jahren, in denen Wahlen zum Bundestag stattfanden (1980, 1983, 1987, 1990, 1994 und 1998), gab es geringfügige Bewegungen gegen den Trend mit einer vorübergehenden Abnahme des Anteils der Ungebundenen. Dies ist auf die wahlkampfbedingte politische Mobilisierung zurückzuführen. Dasselbe Phänomen ist auch in den neuen Bundesländern zu beobachten; ansonsten gibt es dort keinen erkennbaren Trend. Die Quote der parteipolitisch Ungebundenen fluktuiert seit Beginn der Messung bei ostdeutschen Wählern in den frühen 90er Jahren um die 50-Prozent-Marke. Der Anteil der mobilen Wähler ist in Ostdeutschland also noch deutlich höher als im Westen. Das Parteiensystem hatte dort noch keine ausreichende Zeit, um in der Wählerschaft so tiefe Wurzeln zu schlagen, wie sie im Westen über viele Jahrzehnte ausgebildet wurden.

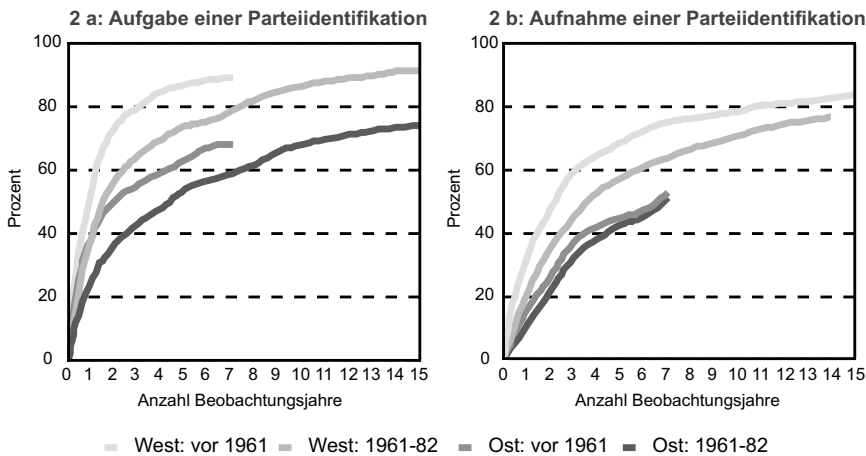
Kennzeichnend für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Parteiidentifikation war ursprünglich die sehr einseitige Deutung dieser psychologischen Orientierung als „unmoved mover“ (Dennis 1991: 77) - als Persönlichkeitsmerkmal von weitreichender Bedeutung für politische Einstellungen und für das politische Verhalten, das selbst einen kaum veränderlichen Wesenskern des Individuums darstellt. Nur weitreichenden und tiefgreifenden Ereignissen, krisenhaften Zu-

spitzungen politischer Problemlagen von nationaler Reichweite wurde ein Potential zugeschrieben, Verschiebungen der Parteibindungen hervorzurufen. In jüngerer Zeit wird dieses holzschnittartige Bild zunehmend kritisiert (Falter u.a. 2000: 239-41). Wie stabil die affektiven Bindungen der Deutschen an politische Parteien in der Längsschnittbetrachtung sind, wird im Folgenden näher untersucht.

Ostdeutsche kündigen häufiger Parteibindung auf

Mit Hilfe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen jährlichen Wiederholungsbefragung von Personen und Haushalten, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland durchgeführt wird, kann über maximal 16 Befragungsjahre beobachtet werden, wie sich die Parteibindungen der deutschen Wähler im Zeitverlauf entwickelt haben und welche persönlichen Merkmale für die Stabilität und den Wandel dieser Orientierungen von Bedeutung sind. Zunächst werden jeweils zwei Befragungszeitpunkte über acht Befragungsjahre verglichen: Der erste Blick offenbart, dass sich unter der ziemlich stabilen Oberfläche der Aggregatverteilungen eine erhebliche individuelle Beweglichkeit von Wählern¹ verbirgt. Offenkundig sind die Parteibindungen der westdeutschen, insbesondere aber auch der ostdeutschen Wähler keineswegs so stabil, wie das zu erwarten

Graphik 2: Aufgabe und Aufnahme einer Parteiidentifikation in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Hohe Mobilität bei der Parteiidentifikation in der Verlaufsperspektive

Der Vergleich von einzelnen Zeitpunkten deckt zwar individuelle Veränderungen auf, allerdings ist es damit nicht möglich die gesamte Mobilität dazwischen zu identifizieren. So könnte stabilen Angaben zur Parteiidentifikation zu zwei Zeitpunkten eine erhebliche Mobilität zwischen den beiden Zeitpunkten zugrunde liegen. Um diese Mobilität analytisch zu erfassen, wird im Folgenden ein Verlaufsdaten-Design gewählt, das die Aufnahme oder Aufgabe einer Parteiidentifikation als sozialen Prozess begreift. Untersucht wird die Zeitdauer bis eine Veränderung auftritt. Hier wird der erste Wechsel einer Person im Untersuchungszeitraum in Betracht gezogen². Es kann dann jeweils angegeben werden, welcher Anteil von Personen nach einem bestimmten Zeitraum (ein, zwei, ... max. 15 Jahre) eine Parteiidentifikation aufgenommen bzw. aufgegeben hat. Die Beobachtungszeit beginnt mit der ersten Beobachtung einer Person.

Es wird unmittelbar deutlich, dass es im Verlauf des Beobachtungszeitraumes von 15 Jahren im Westen bzw. sieben Jahren im Osten³ erheblich mehr Mobilität in den parteipolitischen Bindungen gab als der Vergleich zweier Zeitpunkte erkennen ließ. Etwa 80% derjenigen, die zu Beginn eine Parteiidentifikation hatten, gaben diese unter den Westdeutschen im Laufe der Untersuchung auf (Graphik 2a), d.h. nur etwa 20% der Westdeutschen hatten durchgängig eine unveränderte Parteiidentifikation. Deutlich wird auch, dass diese Wandlungstendenzen mit der Abfolge der Geburtsjahrgänge zusammenhängen: Die jüngere Geburtskohorte (1961-82) gab ihre Parteiidentifikation erheblich schneller auf als die ältere. Bereits nach zwei Jahren hat mehr als die Hälfte der jungen Geburtskohorte einen Wechsel zu verzeichnen, bei der älteren Kohorte dauert dies mehr als vier Jahre⁴. Unverkennbar ist überdies, dass diese individuellen Mobilitätsprozesse in den neuen Bundesländern noch rascher abgelaufen sind als in den alten Bundesländern. Die vergleichsweise kurze demo-

kratische Erfahrung und der rasche gesellschaftliche Wandel gehen offensichtlich mit einer geringeren Bindung an politische Parteien einher als dies in Westdeutschland der Fall ist. Auch in Ostdeutschland sind Wandlungstendenzen sichtbar. Die jüngste Geburtskohorte unterscheidet sich deutlich von der älteren. Bereits nach einem Jahr - und damit weit schneller als bei der älteren Kohorte - hat die Hälfte von ihnen und nach vier Jahren mehr als 80% ihre erste Parteiidentifikation aufgegeben. Die Wechsel erfolgen in ganz Deutschland weit weniger zwischen den Parteien als vielmehr hin zu den Ungebundenen.

Parteipolitische Ungebundenheit in Westdeutschland selten von langer Dauer

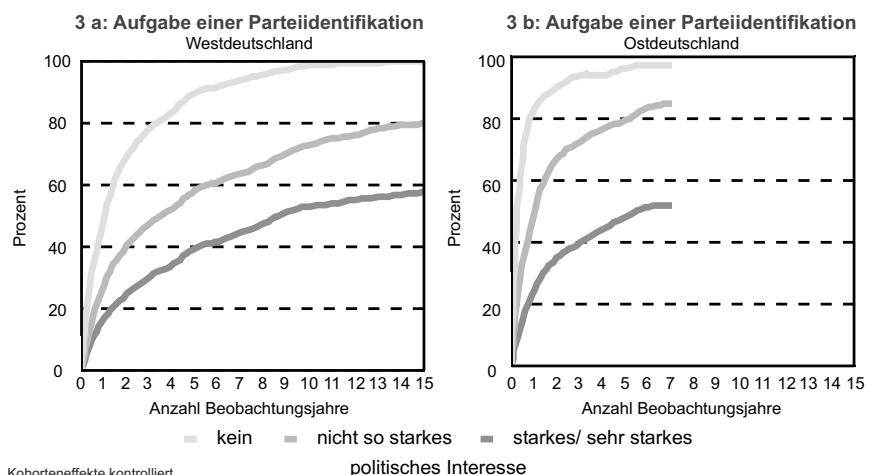
Neben der Aufgabe einer Parteiidentifikation stellt sich auch die Frage danach, wie lange es dauert, bis politisch zunächst Ungebundene eine Parteiidentifikation aufnehmen. In Westdeutschland zeigt sich auch hier, dass nur eine Minderheit von etwa 20% während des gesamten Untersuchungsverlaufs ohne Parteiidentifikation bleibt (Graphik 2b). Die ältere

Geburtskohorte bleibt nicht nur länger bei einer einmal gewählten Parteiidentifikation, sie identifiziert sich bei anfänglicher Ungebundenheit auch schneller als die jüngere Kohorte wieder mit einer politischen Partei. Ostdeutsche verweilen dagegen länger ohne Parteibindung, und es zeigen sich keine nennenswerten Kohortenunterschiede. Während der Vergleich von nur zwei Zeitpunkten die Gruppe derjenigen ohne Parteibindung als besonders stabil erscheinen ließ, zeigt die Verlaufsdatenperspektive, dass eine besonders hohe Fluktuation zwischen Aufnahme und Aufgabe einer Parteiidentifikation zu beobachten ist.

Langfristige Parteiidentifikation vor allem bei politisch Interessierten

Ein weiterer Faktor von erheblicher Bedeutung für die Neigung von Wählern, ihre parteipolitische Grundorientierung zu ändern, ist das politische Interesse. Interessierte Bürger sind stärker motiviert, sich gedanklich mit politischen Fragen auseinander zu setzen. Sie informieren sich intensiver als andere, und sie wissen deswegen besser über politische Themen Bescheid. Wenig und vor allem überhaupt nicht an Politik Interessierte setzen sich nicht nur in geringem Umfang mit politischen Fragen auseinander, sie verabschieden sich auch rascher von ihren parteipolitischen Bindungen (Graphik 3 a, b). Von denjenigen, die sich mit einer Partei identifizierten, ohne sich aber für Politik zu interessieren, hatte schon nach einem Jahr nur noch jeder zweite Westdeutsche und weniger als jeder fünfte Ostdeutsche dieselbe Orientierung. Alle übrigen hatten sich einer anderen Partei zugewandt oder ihre Parteibindung ganz aufgegeben. Und auch der verbleibende kleine Rest parteipolitisch Gebundener schmolz innerhalb weniger Jahre fast vollständig ab. Schon geringfügiges Politikinteresse ging mit erkennbar erhöhter Stabilität einher. Ganz anders hingegen die stark interessierten Wähler: Auch bei ihnen gab es durchaus Wechselhaftigkeit - allerdings weit- aus häufiger in Richtung einer anderen Partei

Graphik 3: Aufgabe einer Parteiidentifikation in West- und Ostdeutschland nach dem politischen Interesse der Befragten



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

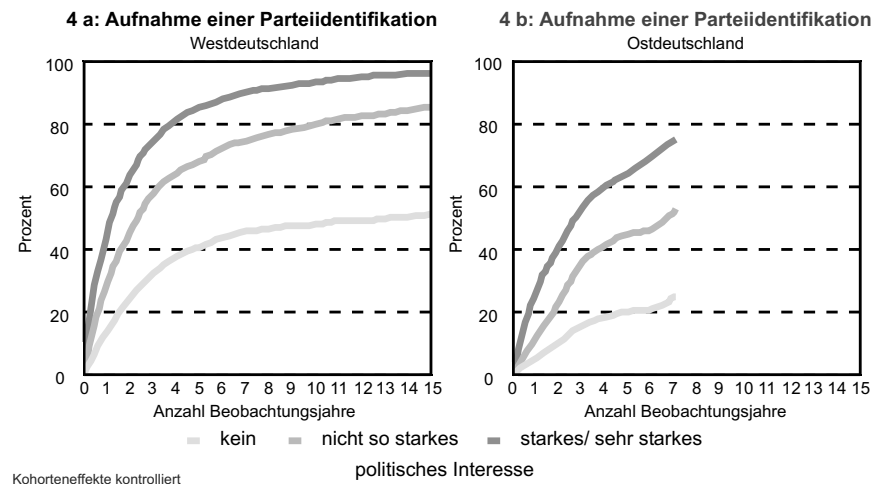
als bei politisch weniger Interessierten. Immerhin rund die Hälfte der Personen in dieser Wählergruppe behält ihre Identifikation über den gesamten Beobachtungszeitraum bei, d.h. über 15 Jahre in den alten Bundesländern und über sieben Jahre in den neuen Bundesländern.

Zugleich ließen in West- wie in Ostdeutschland die politisch desinteressierten Wähler die geringste Neigung erkennen, sich einer Partei anzuschließen, wenn dies zu Beginn der Beobachtungsperiode nicht der Fall war (Graphik 4 a, b). Im Westen war selbst nach Ablauf der vollen 15 Jahre noch immer rund die Hälfte von ihnen parteiunabhängig. In den neuen Bundesländern war ihre Tendenz, außerhalb des Parteiensystems zu bleiben, noch ausgeprägter. Von denjenigen unabhängigen Wählern, die sich stark für Politik interessierten, verharrte hingegen nur ein kleiner Anteil dauerhaft in Distanz zu den Parteien. Schon nach wenigen Jahren hatten sie sich zu 80% der Anhängerschaft einer Partei zugesellt. Die politisch Interessierten bilden somit das stabile Rückgrat der Parteidentifikation in der Bundesrepublik. Vorhandene parteipolitische Bindungen behalten sie mit hoher Wahrscheinlichkeit langfristig bei. Wenn sie keine Bindung an eine Partei haben, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie relativ schnell solche Identifikationen ausbilden. Politisch desinteressierte Wähler zeigen hingegen kaum stabile politische Bindungen - ihre Neigung, sich überhaupt mit einer Partei zu identifizieren, ist gering. Stark ausgeprägt ist hingegen ihre Tendenz, vorhandene Bindungen rasch wieder zu verlieren. Ingesamt haben die Analysen gezeigt, dass die affektiven Bindungen an politische Parteien zwar durchaus stabiler sind als viele andere Orientierungen im Bereich der Politik, dass sie aber keineswegs starr sind und den Verteilungen auf der Basis von Querschnittsbetrachtungen ein erhebliches Maß an Mobilität zugrunde liegt.

- 1 Ausgewertet werden hier die Angaben von Personen ab 18 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit.
- 2 Es liegt hier eine Linkszensurierung vor, d.h. eine mögliche Parteidentifikation, die eine Person vor dem Eintritt in die Paneluntersuchung hatte, bleibt unberücksichtigt.
- 3 Es wurden nur Personen berücksichtigt, die im Erhebungszeitraum ihren Wohnsitz nicht zwischen Ost- und Westdeutschland gewechselt haben und durchgängig eine deutsche Staatsangehörigkeit hatten.
- 4 Neben dem Kohorteneffekt kommt auch ein nichtlinearer Alterseffekt in Richtung einer zunehmenden Stabilisierung der Parteidentifikation zum Tragen, der sich allerdings mit zunehmendem Alter stark abschwächt.

Campbell, Angus, Converse, Philip E., Miller, Warren E., Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
Campbell, Angus, Gurin, Gerald, Miller, Warren E., 1954: *The Voter Decides*. Evanston/Ill.: Row, Petersen & Co.

Graphik 4: Aufnahme einer Parteidentifikation in West- und Ostdeutschland nach dem politischen Interesse der Befragten



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Dennis, Jack, 1991: *The Study of Electoral Behavior*. S. 51-89 in: William Crotty (Hg.): *Political Science: Looking to the Future*, Vol. 3: *Political Behavior*. Evanston: Northwestern University Press.

Falter, Jürgen W., Schoen, Harald, Caballero, Claudio, 2000: *Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteidentifikation‘ in der Bundesrepublik*. S. 235-271 in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*. Entwicklung,

Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA (Hg.), 2000: *Datenreport 1999*. Schriftenreihe, Band 365. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

■ Rüdiger Schmitt-Beck und Stefan Weick, ZUMA

Tel.: 0621/1246-153, -245
schmitt-beck@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Lebenslagen in Deutschland

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Gleich bei seinem Erscheinen fand der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eine hohe Aufmerksamkeit in den Medien und entfachte eine kontroverse öffentliche Diskussion. Nachdem auf Länderebene und auch auf der Ebene von Landkreisen und Kommunen bereits eine Reihe von Armutsberichten erschienen ist, spiegelt der Regierungsbericht in besonderem Maße das hohe öffentliche Interesse an der Armutsproblematik wider.

Der Bericht ist in zwei Bände gegliedert, einen Berichtsband und einen Materialienband. Es liegen ihm eine Reihe von wissenschaftlichen Expertisen zugrunde, die insbesondere Armut und in geringerem Umfang auch Reichtum aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichen Datenbasen untersucht haben. Der Untersuchungsgegenstand wurde bewusst nicht auf Einkommen und Vermögen begrenzt, sondern auf „Chancengleichheit“ sowie „individuelle und kollektive Lebensla-

gen“ ausgedehnt. Betont wird, dass es sich hier noch um eine Bestandsaufnahme handelt und daher auf ein eigenes Konzept von Armut oder Reichtum verzichtet wird. In Band 1 werden in einem ersten Teil wissenschaftliche Ergebnisse dargestellt, und ein weiterer Teil ist der politischen Stellungnahme vorbehalten, während Band 2 eher als kommentierter Tabellenband zu verstehen ist.

Besondere Anstrengungen wurden für die Aufarbeitung von Datengrundlagen zur Untersuchung der Bevölkerung im oberen und unteren Einkommenssegment unternommen. Neben einer Reihe von prozessproduzierten amtlichen Statistiken wie Arbeitslosenstatistik, Wohngeldstatistik, Bildungsstatistik usw. wurden insbesondere auch amtliche und nichtamtliche Individualdatensätze wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, das Sozio-ökonomische Panel und das Niedrigeinkommens-Panel auf ihr Analysepotential und ihre Grenzen überprüft und für den Bericht ausge-